

»Frieden ist eine bleibende Aufgabe«

Kirchen erinnern mit zentralen Gedenkgottesdienst im Elsass an Beginn des Ersten Weltkriegs

Mit einem zentralen Gedenkgottesdienst haben die evangelischen Kirchen in Europa im elsässischen Gunsbach an den Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren erinnert.



Foto:

Pasteur Marc Fritsch (links, Dekan der Vereinigten protestantischen Kirche in Elsass und Lothringen) und Bischof Friedrich Weber (Präsident der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE)), *epd-bild / Winfried Rothermel*

Gunsbach (epd). Mit einem zentralen Gedenkgottesdienst haben die evangelischen Kirchen in Europa am 3. August im elsässischen Gunsbach an den Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren erinnert. Der frühere Braunschweiger Landesbischof Friedrich Weber sagte, jener Krieg habe die politische Landkarte Europas verändert.

»Noch heute spüren wir, dass einige der Konflikte von damals noch immer nicht gelöst sind.« Damals habe auch die evangelische Kirche den Kriegseintritt als gerecht legitimiert. »Dieses Versagen und diese Schuld erfüllen uns heute noch mit Scham«, betonte Weber, der Präsident der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) ist. Zugleich verwies der frühere Bischof auf die 90 evangelischen Theologen, die sich noch am 1. August 1914 in Konstanz trafen und versprachen, Wege des Friedens zu suchen. Ihr Beispiel und die europäischen Geschichte lehrten, dass Versöhnung zwischen ehemaligen Feinden zu einer Ordnung des Friedens führen könne.

Die Synodenpräses der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Irmgard Schwaetzer, sagte, eine europäische Friedensordnung sei auch heute noch nicht selbstverständlich. »Denn wieder werden in Europa Konflikte mit Waffengewalt ausgetragen, weltweit nimmt die Zahl und die Intensität kriegerischer Konflikte zu.« Sie fügte hinzu: »Möge die Erinnerung an die Katastrophen Europas im letzten Jahrhundert uns ermutigen, den Weg zu gerechtem Frieden zu finden und zu gehen. Dazu helfe uns Gott.«

Auch der Friedensbeauftragte des Rates der EKD, Renke Brahms, rief dazu auf, aus den Schrecknissen des Ersten Weltkriegs zu lernen. Die ökumenische Bewegung der Kirchen stehe heute unter dem Leitbild des gerechten Friedens, sagte der Schriffführer der Bremer Evangelischen Kirche. Dazu gehöre, dass Menschen frei von Angst und Not leben könnten, dass sie Feindschaft, Diskriminierung und Unterdrückung überwinden und die Umwelt schützen könnten.

»Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten«, sagte Brahms. »Dieser Grundsatz fordert uns zu unablässigem Engagement für einen umfassenden Frieden auf.«

Es sei eine bleibende Aufgabe der Kirchen, die Ursachen von Konflikten zu bekämpfen. In diesen Tagen wendeten sich die Kirchen in Europa auch gegen Antisemitismus auf den Straßen und in den digitalen Netzen. »Es darf nicht sein, dass sich jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger in unseren Ländern wieder verfolgt und angefeindet fühlen müssen«, betonte Brahms.

Der Gedenkgottesdienst, dessen Liturgie auf Französisch, Englisch und Deutsch gestaltet wurde, stand unter dem Leitwort »Und richte unsere Füße auf den Weg des Friedens«. Es nahmen zahlreiche Spitzenvertreter aus den 94 Mitgliedskirchen der GEKE teil. Gunsbach liegt nicht weit vom Hartmannsweilerkopf entfernt, wo zeitgleich Bundespräsident Joachim Gauck und der französische Präsident François Hollande zu einer Gedenkfeier zusammentrafen.

epd-Wochenpiegel | AUSGABE WEST Nr. 32_2014 Seite _2

Gauck reagiert auf Kritik ostdeutscher Pfarrer

Berlin (epd). Die Auseinandersetzung zwischen ostdeutschen Bürgerrechtlern und Bundespräsident Joachim Gauck um dessen Forderung nach mehr deutschem Engagement in internationalen Konflikten geht weiter. Wie am Freitag bekannt wurde, schrieb der Leiter des Bundespräsidialamtes, David Gill, im Namen des Staatsoberhauptes einen Brief, mit dem er auf die Vorwürfe der ostdeutschen Pfarrer reagierte. Gill widersprach der Kritik, der ehemalige Pastor Gauck habe sich von christlichen Idealen und Zielen der friedlichen Revolution abgewendet. Die Angeschriebenen reagierten unterschiedlich. Der sächsische Bürgerrechtler Georg Meusel will wegen der Äußerungen Gaucks sein Bundesverdienstkreuz zurückgeben. Die »Berliner Zeitung« (Ausgabe vom 1. August) zitierte aus dem Schreiben von Gill. Demnach heißt es darin, Gauck bevorzuge präventive und zivile Konfliktlösungen und werde auch weiterhin von einem christlichen Wertefundament aus agieren. Jedoch gehöre zur Geschichte, »dass ohne Einsatz bewaffneter Kräfte keine Befreiung von der Hitler-Diktatur möglich gewesen wäre«. Außerdem wird in dem Brief auf den Völkermord in Ruanda und die Barmer Theologische Erklärung von 1934 verwiesen, der zufolge »nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens Androhung und Ausübung von Gewalt« rechtens sein könnten.

»Der evangelische Christ Gauck kann somit nicht erkennen, dass der vom Evangelium gewiesene Weg ausschließlich der Pazifismus sei«, zitiert die Zeitung weiter aus dem Brief. Man könne mit einem Ja und mit einem Nein zu militärischer Gewalt schuldig werden.

Gauck hatte bei der Münchener Sicherheitskonferenz am 31. Januar mehr deutsches Engagement in internationalen Konflikten gefordert und dabei militärische Einsätze ausdrücklich nicht ausgeschlossen. Ostdeutsche evangelische Pfarrer, die wie Gauck in der kirchlichen Oppositionsbewegung der DDR aktiv waren, warfen ihm daraufhin vor, sich von den Idealen der damaligen Friedensbewegung abzuwenden. Die Initiatoren und Unterzeichner des Briefes reagierten gespalten auf die Antwort. Der Berliner Pfarrer Klaus Galley sagte der »Mitteldeutschen Zeitung« (Samstagsausgabe), er finde es bemerkenswert, »dass wir eine so ausführliche Antwort bekommen haben«. Der langjährige Leiter des Wittenberger Predigerseminars, Peter Freybe, sagte, er finde den Brief sehr gut, »weil er nun wirklich differenziert und alle Aussagen zur Sache darstellt«. Der Berliner Theologe Siegfried Menthel erklärte dagegen, er sei nicht überzeugt. »Gauck liefert nur erneut die Begründung, warum er Krieg als ultima ratio für legitim hält«, sagte er »Zeit Online«.

Im sächsischen Werdau kündigte unterdessen der Bürgerrechtler Georg Meusel an, aus Protest gegen Gaucks Äußerungen sein Bundesverdienstkreuz zurückzugeben.

»Der Grund dafür sind Ihre Aussagen, die militärische Gewalt als 'letztes Mittel' rechtfertigen, während ich nicht erkennen kann, dass Sie sich angemessen für den Zivilen Friedensdienst einsetzen würden«, schreibt Meusel in einem Brief an den Bundespräsidenten. Der 72-jährige Meusel engagierte sich als Pazifist in der DDR-Opposition. 1998 gründete er das Martin-Luther-King-Zentrum für Gewaltfreiheit und Zivilcourage in Werdau bei Zwickau.

Im selben Jahr verlieh ihm der damalige Bundespräsident Roman Herzog das Bundesverdienstkreuz.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 32_2014 Seite _5

Rink: Kein Fraktionszwang bei Votum über Auslandseinsätze

Bonn (epd). Der Bundestag sollte nach den Worten des neuen evangelischen Militärbischofs Sigurd Rink ohne Fraktionszwang über mögliche weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr entscheiden. Erforderlich sei eine breite Zustimmung im Parlament, sagte er der »Zeit«-Beilage »Christ & Welt«. Rink warb zugleich für Zurückhaltung beim deutschen Militärengagement: »Wir müssen dreifach nachdenken, bevor wir uns für den Waffeneinsatz entscheiden.«

Wenn Waffen ein größeres Unheil verhinderten, könne allerdings eine Situation entstehen, »in der man nicht zögern sollte«, ergänzte der Geistliche. Man werde auch durch Unterlassen schuldig. Rink erinnerte an den Völkermord in Ruanda 1994, als unter den Augen der Weltöffentlichkeit 800.000 Menschen umgebracht wurden.

Damals seien UN-Soldaten dabeigestanden und hätten nicht eingreifen dürfen, so der Militärbischof. »Das hat mich geprägt.«

Der Fraktionszwang wird im Bundestag in der Regel nur bei wichtigen Gewissensentscheidungen aufgehoben, etwa bei Themen wie Präimplantationsdiagnostik oder Sterbehilfe. Bei der Entscheidung über die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes zum Schutz der Chemiewaffenvernichtung in Syrien im April hatte erstmals die Linksfraktion den Fraktionszwang für ihre Mitglieder aufgehoben. Einige von ihnen stimmten der Entsendung zu.

Deutschland hat nach Rinks Einschätzung eine »kritische Lerngeschichte mit militärischer Gewalt«.

Deshalb sollte die Bundesrepublik bei der Entscheidung über Einsätze »Zurückhaltung in militärische

Optionen einbringen «. Dies werde Länder herausfordern, die weniger Probleme mit Waffeneinsätzen hätten, sagte der Geistliche.

Rink ist seit Mitte Juli im Amt. Er ist der erste hauptamtliche Militärbischof der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). In der Evangelischen Militärseelsorge arbeiten zurzeit 101 Geistliche, darunter 17 Frauen.

Bundespräsident Joachim Gauck hatte kürzlich gefordert, dass Deutschland sich mehr außenpolitisch engagieren müsse. Dazu gehöre auch, militärische Einsätze »als letztes Mittel nicht von vornherein zu verwerfen«. Die Anregung hatte eine breite öffentliche Debatte ausgelöst.

Gegenwärtig befinden sich 4.350 Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST [Nr. 32_2014 Seite _10](#)

Demonstrationen für Nahost-Frieden in NRW

Historiker Grosser kritisiert jüdische Organisationen/Graumann enttäuscht von Islamverbänden

Düsseldorf/Köln (epd). Hunderte Menschen sind am Wochenende in Nordrhein-Westfalen für ein Ende der Kämpfe zwischen Israel und der radikalislamischen Hamas auf die Straße gegangen. Derweil warf der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dieter Graumann, den Islamverbänden vor, nicht genug gegen Antisemitismus zu tun. Der französische Historiker Alfred Grosser kritisierte die Identifikation jüdischer Verbände mit dem israelischen Staat.

An einem »Schweigemarsch für den Frieden im Nahen Osten« in Aachen beteiligten sich am Samstag rund 300 Menschen. Auch in Mönchengladbach demonstrierten Menschen friedlich für ein Ende der Gewalt im Gaza-Streifen. In Hagen verlangten am Freitagabend etwa 500 Demonstranten ein Ende der blutigen Auseinandersetzungen.

In Düsseldorf und Köln waren für Sonntagnachmittag weitere Kundgebungen angekündigt.

Die Jüdische Kultusgemeinde in Wuppertal bedankte sich am Wochenende für die Anteilnahme und Solidaritätsbekundungen, die sie nach dem Brandanschlag auf ihre Synagoge in der Nacht zum Dienstag erhalten hatte.

»Ihre Zeilen und Anrufe haben uns tief bewegt«, erklärte die Gemeinde.

Der Präsident des Zentralrats der Juden, Graumann, beklagte eine fehlende Solidarisierung von Muslimen mit Juden. »Sie versprechen es, aber konkrete Schritte muss man mit der Lupe suchen«, sagte Graumann der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung«. Auf Demonstrationen gegen den Gaza-Krieg hatten Muslime antisemitische Parolen gerufen. Zudem werden arabischstämmige Jugendliche verdächtigt, den Anschlag auf die Wuppertaler Synagoge verübt zu haben.

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland wehrte sich gegen den Vorwurf der Untätigkeit. Der Vorsitzende des Verbands, Aiman Mazyek, sagte der Zeitung, in den Freitagsgebeten und im Austausch mit Jugendlichen setzten sich die islamischen Gemeinden sehr wohl mit Antisemitismus auseinander. Er mahnte eine klare Unterscheidung zwischen Kritik an der israelischen Kriegspolitik und Antisemitismus an. Der Islam sei »strukturell antirassistisch«, dem Judentum und Christentum zugewandt.

Der Publizist Grosser sagt im Deutschlandfunk mit Blick auf jüdische Verbände in Deutschland und Frankreich: »Das Schlimme ist die ständige totale Identifikation mit Israel, auch wenn Israel momentan große Kriegsverbrechen begeht.« Der Zentralrat der Juden in Deutschland und die vergleichbare Institution in Frankreich vergäßen, dass es sich nicht um einen Krieg zwischen ebenbürtigen Konfliktparteien handle.

Die Angriffe der Hamas auf Israel könne man nicht mit der Zerstörung von Häusern und Menschen im Gaza-Streifen vergleichen.

Christen können nach Ansicht des früheren bayerischen Landesbischofs Johannes Friedrich im Nahost-Konflikt zu keiner eindeutigen Position kommen. Die Reaktionen der Menschen in Israel und den Palästinensergebieten seien gleichermaßen verständlich, sagte der ehemalige evangelische Propst in Jerusalem dem Evangelischen Pressedienst (epd). Die Christen könnten nur für die Menschen beider Seiten und eine Lösung des Konflikts beten.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST [Nr. 32_2014 Seite _15](#)

Syrien-Konflikt

Mehr deutsche Hilfe für Flüchtlinge gefordert

Köln (epd). Der SPD-Außenexperte Rolf Mützenich hat Vorwürfe zurückgewiesen, der Westen habe durch Nichteinmischung zur Eskalation des Syrien-Krieges beigetragen.

Eine militärische Intervention hätte den Konflikt vermutlich nicht entschärft, sagte er am Freitagabend in Köln. Es hätte vielmehr die Gefahr bestanden, einen regionalen Krieg auszulösen. Dann hätten auch andere Länder hineingezogen werden können.

Es gebe keine einfachen Konzepte, den Bürgerkrieg zu beenden, betonte der stellvertretende Vorsitzende

der SPD-Bundestagsfraktion in einer Podiumsdiskussion der Friedrich-Ebert-Stiftung. »Das größte Problem ist, dass dieser Konflikt von Anfang an eine internationale Dimension erhalten hat.«

Khaled al-Massalmeh vom Deutsch-Syrischen Verein vertrat die Auffassung, dass das syrische Regime schon 2012 gestürzt wäre, wenn der Westen die Opposition massiv unterstützt hätte. Er beklagte, dass Deutschland und die Europäer gegen eine Bewaffnung der Opposition gewesen seien. Die Bundesregierung hätte zudem ihre guten Beziehungen zum Iran nutzen können, um das Land von seiner Unterstützung der Regierung in Damaskus abzuhalten.

Die syrische Soziologin Huda Zein kritisierte, dass der Konflikt in den Medien nur noch als Bürgerkrieg oder Stellvertreterkrieg anderer Mächte gesehen werde.

Das mache es einfach, die eigene Tatenlosigkeit mit dem Argument zu rechtfertigen, dass nichts zu machen sei. »So entgeht man seiner Verantwortung«, sagte die Forscherin der Universität Köln. In Syrien finde jedoch auch ein nationaler Befreiungskampf gegen ein grausames Regime statt.

Zein beklagte, dass sich Deutschland zu wenig für die syrischen Flüchtlinge einsetze. Während der Balkankriege in den 90er Jahren habe Deutschland hunderttausende Menschen aufgenommen. Nun aber ringe sich die Bundesrepublik nur zur Aufnahme von zehntausend Syrern durch.

»Wenn Deutschland schon keine Flüchtlinge kommen lässt, warum hilft es nicht großzügiger den Nachbarstaaten Syriens?«, fragte die Soziologin mit Blick auf Millionen Flüchtlinge in Jordanien, Libanon und der Türkei.

Der Nahost-Experte des Forums Ziviler Friedensdienst, Bernhard Hillenkamp, kritisierte die Abhängigkeit der Hilfsorganisationen vom Willen der syrischen Regierung.

Alle Hilfsaktionen hätten bis vor wenigen Monaten über den Syrischen Roten Halbmond organisiert werden müssen. Andernfalls wären große Teile des Landes nicht erreichbar gewesen. Der Syrische Rote Halbmond stehe jedoch auf der Seite des Regimes.

epd-Wochenpiegel | AUSGABE WEST Nr. 32_2014 Seite _22

Friedenspreis 2014: Martin Schulz hält Laudatio auf Jaron Lanier

Frankfurt a.M./Eschweiler-Hehrath (epd). Der Präsident des EU-Parlaments, Martin Schulz, hält die Laudatio auf den US-amerikanischen Informatiker und Autor Jaron Lanier, der in diesem Jahr mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet wird. Der mit 25.000 Euro dotierte Preis wird am 12. Oktober anlässlich der Frankfurter Buchmesse in der Paulskirche verliehen, wie der Börsenverein des Deutschen Buchhandels am Mittwoch mitteilte. Die Feierstunde soll live in der ARD übertragen werden.

Martin Schulz wurde 1955 in Eschweiler-Hehrath (Nordrhein-Westfalen) geboren. Der gelernte Buchhändler, der 1982 eine eigene Buchhandlung gründete, wurde 1994 als Abgeordneter der SPD ins Europäische Parlament gewählt. 2012 übernahm er dort das Amt des Parlamentspräsidenten. Am 1. Juli wurde er wiedergewählt.

Für seinen Einsatz für die Europäische Integration sowie für die Wahrung von Demokratie und bürgerlichen Freiheitsrechten erhielt er mehrere Ehrendoktorwürden, unter anderem der Universitäten Kaliningrad, Istanbul und Jerusalem.

Der 54-jährige Jaron Lanier ist ein Pionier der digitalen Welt und zugleich einer ihrer wichtigsten Kritiker. Sein jüngstes Buch »Wem gehört die Zukunft?« (2013) ist ein Appell, wachsam gegenüber Unfreiheit, Missbrauch und Überwachung zu sein. Träger des seit 1950 in Frankfurt verliehenen Friedenspreises waren zuletzt die weißrussische Schriftstellerin Swetlana Alexijewitsch (2013), der chinesische Schriftsteller und Dissident Liao Yiwu (2012), der algerische Schriftsteller Boualem Sansal (2011) und der israelische Schriftsteller David Grossman (2010).

Christentum

Islamverband: Vertreibung irakischer Christen ist Unrecht

Köln (epd). Der Zentralrat der Muslime in Deutschland hat die Vertreibung der Christen aus der nordirakischen Millionenstadt Mossul als Akt des Unrechts verurteilt.

Die Vertreibung der Christen durch die sunnitische Miliz »Islamischer Staat« (vormals Isis) verstoße gegen internationales Recht und gegen die Menschlichkeit, erklärte der Zentralrats-Vorsitzende Aiman Mazyek am Donnerstag in Köln. Es müsse alles getan werden, damit »unseren christlichen Brüdern und Schwestern« ihr Recht zurückgegeben werde.

Mazyek betonte, Mitmenschlichkeit und Solidarität seien grundlegende Charaktereigenschaften des Menschseins und zentrale Lehren der abrahamitischen Religionen.

Sie müssten ein allgemeinverbindlicher und verpflichtender Maßstab sein, »an dem wir uns alle - Juden, Christen und Muslime - messen lassen müssen, wann und wo auch immer Menschen in Not geraten«.

Diese Werte dürften weder religiösen Lehren untergeordnet werden, noch »einer falsch verstandenen Verbundenheit mit Glaubensgeschwistern, die ein eklatantes Unrecht begehen«.

Der Zentralrat rief dazu auf, die Petition »Helfen wir den Christen im Irak!« der Stiftung »CitizenGO« zu

unterschreiben. Darin werden die Vereinten Nationen und die Arabische Liga zum Handeln aufgefordert.
epd-Wochenpiegel | AUSGABE WEST Nr. 32_2014 Seite _25

(Thema konfliktsensitiver Journalismus)

»Zeit«-Journalisten ziehen gegen Kabarett-Beitrag vor Gericht

Mainz/Hamburg (epd). Zwei Journalisten der »Zeit«, Mitherausgeber Josef Joffe und Politik-Redakteur Jochen Bittner, gehen gerichtlich gegen die ZDF-Kabarettssendung »Die Anstalt« vor. Gegen Teile der Satireshow vom 29. April zum Konflikt in der Ukraine seien beim Landgericht Hamburg einstweilige Verfügungen erwirkt worden, teilte der Sender am 29. Juli in Mainz auf Anfrage dem Evangelischen Pressedienst (epd) mit.

Das ZDF habe Widerspruch gegen die einstweiligen Verfügungen erhoben und werde sich auch gegen die Hauptsacheklage verteidigen. Der Sender sei jedoch gerichtlich verpflichtet worden, die beanstandeten Beiträge bis zur einer endgültigen Entscheidung aus der Mediathek zu entfernen. Wie das Hamburger Landgericht mitteilte, wurde in dem Streit für den 19. September eine mündliche Verhandlung anberaumt. In der April-Ausgabe der »Anstalt« hatten die Kabarettisten Max Uthoff und Claus von Wagner scharfe Kritik an der einseitigen Ukraine-Berichterstattung führender deutscher Medien geäußert. In diesem Zusammenhang wurden einer Reihe einflussreicher Journalisten allzu enge Verbindungen zu transatlantischen Lobby-Organisationen wie dem »German Marshall Fund of the United States« oder dem Verein »Atlantik-Brücke« vorgeworfen.

Der Rechtsstreit um die Kabarett-Show war am Wochenende zunächst von diversen Internet-Blogs aufgegriffen worden, in denen auch Zensurvorwürfe gegen das ZDF erhoben wurden. Der aus der Mediathek gelöschte, von den »Zeit«-Journalisten beanstandete Beitrag lässt sich bislang über das Internetportal »Youtube« weiterhin problemlos aufrufen.

Der »Zeit«-Redakteur Bittner rechtfertigte auf Anfrage sein Vorgehen: »Ja, die 'Zeit' hat eine Unterlassungsklage gegen das ZDF angestrengt, mit dem Ziel, die weitere Verbreitung von falschen Tatsachenbehauptungen zu stoppen, die geeignet sind, meinen Ruf als Journalist zu schädigen«, heißt es in einer schriftlichen Stellungnahme, die dem epd vorliegt. Anders als in der ZDF-Show unterstellt, sei er weder Mitglied diverser transatlantischer Organisationen noch Redenschreiber von Bundespräsident Joachim Gauck.

Im Jahr 2013 habe er tatsächlich an einer 50-köpfigen »Diskussionsgruppe« teilgenommen, die ein Thesenpapier zur künftigen deutschen Sicherheitsstrategie erarbeiten sollte. »Die Teilnahme an Konferenzen von Organisationen aller Art und Richtung gehört meiner Ansicht nach zum Alltag von Journalisten«, erklärte Bittner.

Joffe wirft dem ZDF nach Angaben eines Hamburger Gerichtssprechers vor, er sei fälschlicherweise mit acht transatlantischen Organisationen in Verbindung gebracht worden. Tatsächlich sei er in weniger Netzwerken engagiert.

epd-Wochenpiegel | AUSGABE WEST Nr. 32_2014 Seite _36

Der Krieg im Kinderzimmer - Ausstellung in Kassel



In der Ausstellung "Krieg ist kein Spiel!"

epd-bild / Andreas Fischer

Kassel (epd). Rund 60 verschiedene Spiele, Puzzles, Ausschneidebögen und Malbücher zum Ersten Weltkrieg zeigt das Kasseler Sepulkralmuseum in einer Sonderausstellung mit dem Titel »Krieg ist kein Spiel! Spiele zum Ersten Weltkrieg«. Die Spiele dokumentierten, für wie normal der Krieg damals gehalten

worden sei, sagte Reiner Sörries, Direktor des Museums, am Donnerstag. Was auf den Schlachtfeldern blutiger Ernst war, konnte zu Hause bei einem gemütlichen Familienabend nachgespielt werden. Die Kriegsspiele seien damals nicht von der Obrigkeit verordnet worden, betonte Sörries. Vielmehr hätten die Spielverlage damit ihr Geschäft ankurbeln wollen. Die Ausstellung sei zugleich ein Beitrag zur Forschung, da dieses Thema in der Wissenschaft bisher kaum Beachtung gefunden habe. Schon vor dem Ersten Weltkrieg habe es Kriegsspiele gegeben, die sich mit Konflikten wie etwa dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 beschäftigt hätten, hob der Sammler Dieter Mensenkamp hervor. Schon Jahre vor Kriegsbeginn hätten neue Spiele dann zur Einstimmung und geistigen Mobilmachung auf das drohende Geschehen beigetragen. Besonders erfolgreich seien nach Kriegsbeginn diejenigen Spiele gewesen, die aktuelle Kriegsereignisse thematisiert hätten. Die Produktion der Spiele habe bis 1916 angehalten, danach sei sie weitgehend eingestellt worden, sagte Mensenkamp. Zum einen habe es zu diesem Zeitpunkt bereits erste Niederlagen gegeben, zum anderen hätten die Menschen immer weniger gekauft. Ein zum Kriegsende erschienenenes Spiel mit dem Titel »Friedensglocken läuten« habe schließlich ein erfolgreiches Kriegsende suggeriert. »Viele glaubten damals, dass Deutschland den Krieg gewonnen habe«, sagte Mensenkamp. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 32_2014 Seite _40

Selbst ernannte Gotteskrieger

Boko Haram macht Millionen mit kriminellen Geschäften in Nigeria

ENTWICKLUNG

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 32_2014 Seite _44

Genf/Abuja (epd). Die Sonne war gerade untergegangen, und Kameruns Vizepremier Amadou Ali unterbrach wie jeden Abend im Ramadan sein Fasten. Diesen Moment wählten die Entführer, um seine Frau und eine Hausangestellte zu verschleppen. Ali selbst floh in ein Nachbardorf.

Das war am Sonntag, 27. Juli. Seitdem befindet sich Alis Frau in den Händen der Terrorgruppe Boko Haram. Sie ist eines der zahlreichen Opfer, die die selbst ernannten Gotteskrieger entführt haben.

Auch von den mehr als 240 Mädchen, die Mitte April im Norden Nigerias aus ihrem Internat verschleppt wurden, fehlt jede Spur. Nordnigeria ist die Hochburg der Islamisten. 170 Häuser brannten die Angreifer in der Nacht zum 15. April im nordnigerianischen Chibok nieder, bevor sie die Schülerinnen der Abschlussklassen zusammentrieben.

Seitdem wurden auch andere Dörfer überfallen: Mindestens 1.000 Männer, Frauen und Kinder soll Boko Haram in den vergangenen 100 Tagen ermordet haben.

Der Staat ist hilflos, trotz internationaler Unterstützung durch Spezialisten und Drohnen. Den Spezialkräften der nigerianischen Armee, die Dörfer in der Region durchkämmen, wird von Bewohnern ähnlich viel Willkür und Brutalität vorgeworfen wie den Terroristen. Manche helfen den Terroristen gar.

Boko Haram, deren Name sich am ehesten mit »Westliche Erziehung ist Sünde« übersetzen lässt, hatte schon immer mit kriminellen Geschäften zu tun. Schon kurz nach ihrer Gründung vor zwölf Jahren verlieh die Gruppe Schlägertrupps an jeden, der dafür bezahlte.

Man nahm Geld von Al-Kaida an, aber auch von Politikern jeglicher Couleur, die unliebsame Konkurrenten loswerden wollten.

So entstand ein Machtgeflecht im Schatten des Staates, in dem Politik, Polizei, Geschäftsleute und angebliche Islamisten bis heute eng miteinander verbandelt sind. Im Mittelpunkt steht dabei stets der Profit.

Während die Anführer mit dem Ziel eines islamischen Gottesstaats immer neue Anhänger anlockten, nutzten sie die Mitglieder für krumme Geschäfte. Alleine 2011 wurde die Gruppe für 100 Banküberfälle verantwortlich gemacht, mehr als 4,3 Millionen Euro wurden dabei erbeutet.

Banken sind ein perfektes Ziel: die Überfälle lohnen sich nicht nur, sie lassen sich auch ideologisch begründen, etwa, weil sie im Islam verbotene Zinsen zahlen und erheben. Solche Begründungen sind den Fußsoldaten wichtig, die bereit sind, ihr Leben für die angeblich hehren Ziele von Boko Haram zu geben. Seit Boko Haram ganze Regionen im Norden Nigerias kontrolliert, sind neue kriminelle Geschäfte hinzugekommen.

Muslimen pressen die Terroristen ebenso Schutzgelder ab wie Andersgläubigen. In der Region um Chibok, wo wie im ganzen Süden der Provinz Borno mehrheitlich Christen und Anhänger traditioneller Religionen leben, wird die »Dschizya« genannte Christensteuer eingetrieben.

»Ende März tauchten zum ersten Mal Boko-Haram-Kämpfer in unserem Dorf auf - sie waren bewaffnet und haben uns gesagt: wir haben zwei Monate, um 250.000 Naira Steuer zu sammeln«, sagt Bukar Umar aus Kamuyya, einem knapp 50 Kilometer entfernten Nachbardorf von Chibok. Umgerechnet sind das knapp 1.150 Euro.

Als die Terroristen wieder auftauchten, hatten die Bauern, Kleinhändler und Tagelöhner von Kamuyya das Geld nicht zusammen. »Daraufhin haben sie ein Blutbad angerichtet«, berichtet Umar. Zwanzig Menschen starben, als die Terroristen auf dem Markt das Feuer eröffneten, Dutzende wurden verletzt. Ein brutales Exempel. Die Entführung der Mädchen von Chibok soll einen ähnlichen Hintergrund haben.

Und auch die Entführung im nahen Kamerun ist kein Einzelfall. Im vergangenen Februar verschleppten

Mitglieder von Boko Haram sieben Franzosen aus einem kamerunischen Nationalpark. Das Lösegeld für den Ingenieur und sechs Familienangehörige soll 2,3 Millionen Euro betragen haben. Am 1. Juni dieses Jahres entließ Boko Haram zwei Italiener und eine Kanadierin aus ihrer Gewalt, angeblich auch für Millionen.

Am meisten trifft die Entführungswelle aber Nigerianer.

Die meisten Entführten stammen aus mittleren Einkommensklassen, die sich keine Leibwächter leisten, aber dennoch Lösegelder von rund 10.000 Euro aufbringen können. Der bislang prominenteste Entführte: Der 92-jährige Vater eines hochrangigen Generals der nigerianischen Armee, der vor einer Moschee entführt und nach drei Tagen gegen ein Lösegeld von mehr als 230.000 Euro freigelassen wurde.

Ein Ende ist nicht in Sicht. Die Entführungen sind Teil eines skrupellosen Geschäfts, für das Boko Haram zunehmend ein ganzes Land in Geiselschaft nimmt.

Von Marc Engelhardt (epd)

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 32_2014 Seite _44f

Kirchen in NRW rufen zu Gewaltfreiheit auf Kirchliches Versagen im Ersten Weltkrieg beklagt

Bielefeld/Detmold (epd). Die evangelischen Kirchen in NRW haben das Versagen der Kirchen beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges beklagt und die heutige Verpflichtung zum Frieden unterstrichen. Statt Stärke zu zeigen, habe sich damals die evangelische Kirche »vor den politischen Karren« spannen lassen, beklagte der Theologische Vizepräsident der westfälischen Kirche, Albert Henz. »Sie hat versagt. Das darf nie wieder geschehen!«

Deshalb müssten heute Christen die Stimmen erheben, Gewalt verurteilen und Frieden fördern. Der Staat müsse statt in Rüstungsgüter verstärkt in friedensfördernde Aktivitäten investieren.

Die Kirchen riefen dazu auf, sich an einer bundesweiten »Schweigeminute« am 1. August um 12 Uhr zum Gedenken an die Opfer des Ersten Weltkrieges zu beteiligen. Etliche Kirchenkreise und Gemeinden begannen bereits an diesem Wochenende mit Gottesdiensten, Ausstellungen und Konzerten zum Thema. Der Lippische Landessuperintendent Dietmar Arends erklärte, es erfülle heute mit tiefer Scham, dass der Krieg vor 100 Jahren in Predigten theologisch überhöht worden oder dass zur Vernichtung der Feinde aufgerufen worden sei. »Hier ist Kirche schuldig geworden«, sagte er. Kirche müsse heute den Vorrang von Gewaltfreiheit immer wieder einfordern. Dass Deutschland trotz seiner besonderen Geschichte heute der drittgrößte Waffenexporteur der Welt sei, sei unerträglich. Wenn für die Bundeswehr die Anschaffung von bewaffneten Drohnen ins Auge gefasst werde, »ist das ein Schritt in die falsche Richtung«, kritisierte Arends.

»Natürlich haben wir unsere Lehren zu ziehen, auch als evangelische Kirche«, erklärte die Düsseldorfer Landeskirchenrätin Christine Busch, die für die Evangelische Kirche im Rheinland unter anderem für Friedensarbeit zuständig ist. Nach der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts müsse heute der »Gerechte Frieden« dem historischen Versagen entgegengesetzt werden. Wenn aktuell eine stärkere Verantwortung Deutschlands in der Welt angemahnt wird, sollte diese vor allem in der Konfliktprävention und in der zivilen Konfliktbearbeitung bestehen, sagte Busch zur Debatte über Kampfdrohnen.

Der rheinische Präses Manfred Rekowski wird zudem im Oktober gemeinsam mit Vertretern der belgischen Partnerkirche die Gedenkstätte Menenport sowie einen, englischen, deutschen und belgischen Friedhof besuchen.

Zum traditionellen »Remembrance Day« am 9. November im britischen Halifax wird im zentralen Gedenkgottesdienst Pfarrer Jens-Peter Bentzin aus Monschau die Predigt halten.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 31_2014 Seite _1

Kriegsbeginn 1914: Evangelische Kirche räumt Versagen ein

Hannover (epd). Die evangelische Kirche hat sich tief beschämt über das kirchliche Versagen beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren geäußert. Kirche und Theologie in Deutschland hätten versagt angesichts der Aufgabe, zu Frieden und Versöhnung beizutragen und sich zu Anwälten der Menschlichkeit und des Lebens zu machen, heißt es in einem Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), das am 21. Juli veröffentlicht wurde. Daraus müssten Lehren gezogen werden.

Die EKD unterstützt den Vorschlag der europäischen Protestanten, mit einer Schweigeminute der Opfer des Ersten Weltkrieges zu gedenken. Angesichts der noch immer sprachlos machenden Dimension des damaligen Grauens könnte ein Moment des Schweigens ein angemessenes Zeichen des Erinnerns sein, heißt es in Erklärung der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE).

Die Kirchengemeinschaft empfiehlt für den Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges am 1. August, europaweit um 12 Uhr eine Schweigeminute einzulegen.

Die EKD bekennt in dem Kirchenwort unter der Überschrift »Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens«, der Glaube an den versöhnenden Gott, die Verbundenheit mit anderen Kirchen und die Universalität des Glaubens hätten Kirche und Theologie 1914 »nicht vor Kriegsbegeisterung und -propaganda bewahrt, noch vor der Rechtfertigung nationaler Kriegsziele bis zum Ende«. Deshalb sei der deutsche Protestantismus nach Kriegsende nicht zu einer Versöhnungskraft geworden und habe sich 1933 nicht dem Gift des wieder aufkommenden Nationalismus entziehen können: »Zu sehr dem nationalistischen Zeitgeist verhaftet war ihre Theologie und zu schwach war ihr ökumenisches Bewusstsein.«

Die wenigen Mahner aus den Reihen des Protestantismus seien mundtot gemacht worden, wird in dem Kirchenwort eingeräumt: »Dieses Versagen und diese Schuld erfüllt uns heute mit tiefer Scham.« In dem Wort des EKD-Rates wird an den Weg erinnert, den die evangelische Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg zurückgelegt habe. Sie sei zu einem lebendigen Mitglied der weltweiten und der europäischen Ökumene geworden. »Sie versteht sich heute als Anwältin des gerechten Friedens«, heißt es.

Mit der weltweiten Christenheit bekenne die evangelische Kirche: »Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.«

Aus Anlass des Beginns des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren laden die Gemeinschaft Evangelischer Kirche in Europa, die Union der Protestantischen Kirchen in Elsass und Lothringen und die EKD für den 3. August nach Gunsbach im Elsass ein. Unweit von Gunsbach ist am selben Tag ein Besuch von Bundespräsident Joachim Gauck und des französischen Präsidenten François Hollande am Gedenkort Hartmannsweilerkopf vorgesehen.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 31_2014 Seite _2

»Gott mehr gehorchen als den Menschen« Ministerpräsidentin und Präses erinnern an »Prediger von Buchenwald«

Dickenschied/Hunsrück (epd). Zum 75. Jahrestag der Beisetzung von Pfarrer Paul Schneider haben die rheinlandpfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) und der rheinische Präses Manfred Rekowski den »Prediger von Buchenwald« als herausragende Persönlichkeit gewürdigt.

Schneider habe mit seiner kritischen Haltung zu dem nationalsozialistischen Regime auf dem Hunsrück nicht allein gestanden, sagte die Ministerpräsidentin am Montagabend laut Redetext bei einer Gedenkveranstaltung im Hunsrückort Dickenschied.

Schneider, der am 18. Juli 1939 als erster evangelischer Pfarrer von den Nazis im KZ Buchenwald ermordet worden war, wurde am 21. Juli vor 75 Jahren in seinem Heimatort beigesetzt.

Mehrfach habe Schneider die Entscheidung getroffen, Gott mehr zu gehorchen als den nationalsozialistischen Machthabern oder den linientreuen Christen, sagte Rekowski in einem anschließenden Gedenkgottesdienst. Das habe Konsequenzen für Paul Schneiders Leben, das Leben seiner Familie und seiner Gemeinde gehabt.

Der Satz »man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen« sei auch heute aktuell, erklärte der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland laut Predigtmanuskript.

Als Beispiel nannte Rekowski die Situation von Flüchtlingen, bei denen zwar Gesetze zur Anwendung kommen, aber hinter jedem Fall ein Einzelschicksal stehe.

Kirche wolle zwar staatliche Gesetze und Spielregeln nicht außer Kraft setzen. »Aber es gibt auch heute Situationen, in denen geltendes Recht Menschen in Not offenkundig nicht gerecht wird«. In diesen Fällen sei Gott mehr zu gehorchen als den Menschen.

Im Fall Paul Schneider habe die damalige Kirchenleitung getan, was der Staat von ihr erwartete, erinnerte Rekowski. »Mir stockt der Atem, wenn ich höre, dass der seit November 1937 ununterbrochen andauernde Aufenthalt im Konzentrationslager als Begründung für Schneiders Versetzung in den Wartestand erhalten musste«.

Der Präses verurteilte scharf den Einfluss der »Deutschen Christen« in der evangelischen Kirche: »Die Grundlagen des christlichen Glaubens wurden entstellt, die jüdischen Wurzeln geleugnet und auch die christliche Ethik wurde von Goebbels und anderen als lebensfeindliches Muckertum lächerlich gemacht«. Paul Schneider sei auf unterschiedliche Weise widerständig gewesen, mit öffentlichem Protest, Ignorieren staatlicher Anordnungen, und öffentliche Proklamation von Unrecht und Gewalt.

»Am Ende brachte es ihm am 18. Juli 1939 den Tod im KZ Buchenwald ein«, sagte Rekowski.

Ministerpräsidentin Malu Dreyer erinnerte ebenfalls an die Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahr 1933 und an den Beginn der sogenannten Gleichschaltung.

Viele evangelische Christen hätten diese Übergriffe des Staates auf ihre Kirche abgelehnt, aber bei weitem nicht alle. Die »Deutschen Christen« hätten den Nationalsozialisten willfährig zugejubelt und ihr kirchliches Leben nach dem Führerprinzip organisiert, sagte die Ministerpräsidentin.

Heute gebe es viele Herausforderungen für Kirche und Staat. Das heutige partnerschaftliche Verhältnis gewährleistete, dass »wir unseren Dienst zum Wohle aller umso wirksamer leisten« können.

Das Gedenken an die Beerdigung von Paul Schneider mit Andacht, Diskussion über »Staat und Politik«

und Gottesdienst war Teil einer Veranstaltungsreihe des Evangelischen Kirchenkreises Simmern-Trarbach zur Reformationsdekade unter dem Motto »Reformation und Politik«. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 31_2014 Seite _3

Kirchen mahnen zum Frieden in Nahost

Genf/Beirut (epd). Angesichts der blutigen Kämpfe im Gazastreifen haben kirchliche Spitzenvertreter die Konfliktparteien eindringlich zum Frieden gemahnt. Palästina und Israel bräuchten gegenwärtig Gerechtigkeit und Würde statt Rache und Radikalisierung, erklärte der Präsident des Lutherischen Weltbundes (LWB), Munib A. Younan, am 21. Juli in Genf. LWB-Generalsekretär Martin Junge sprach von einer »Eskalation des Wahnsinns«. Der Mittelöstliche Kirchenrat verurteilte die »tragischen Ereignisse«.

Der ganze Nahe Osten sei »am Siedepunkt«, sagte Younan, der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land ist. »Bitte lassen Sie uns in dieser kritischen Zeit nicht allein.« Seine Kirche befürchte, dass die gegenwärtige Gewalt noch mehr palästinensische Christen zur Emigration zwingen werde.

Die israelische Belagerung des Gazastreifens müsse aufgehoben werden.

Junge sagte, aus dem Konflikt würden alle Seiten als Verlierer hervorgehen. Er forderte einen umgehenden Waffenstillstand und politische Verhandlungen. Die LWB Mitgliedskirchen rief der Generalsekretär auf, die Arbeit der Lutheraner vor Ort weiter zu unterstützen. Sie sollten sich zudem bei ihrer jeweiligen Regierung dafür einsetzen, dass die palästinensische Autonomiebehörde dabei unterstützt werde, die gefährdete soziale Grundversorgung aufrechtzuerhalten.

Der Mittelöstliche Kirchenrat erklärte in Beirut, man sei entsetzt über die Bedrohung von Leib und Leben zahlloser Menschen. Mitten im Zeitalter von Offenheit und Globalisierung scheine man in eine »vorhistorische Periode« zurückzuschreiten, in denen Menschen füreinander Räuber und nicht Brüder gewesen seien. Dem Kirchenrat gehören 27 Kirchen des mittleren Ostens an.

Der Konflikt zwischen Israel und der islamistischen Hamas dauert seit fast zwei Wochen an. Die israelische Armee startete inzwischen eine Bodenoffensive im Gazastreifen.

Von dort feuert die Hamas zahllose Raketen auf Tel Aviv, Jerusalem und andere Städte. Auf palästinensischer Seite gab es bisher mindestens 500 Tote. Israel wirft der Hamas vor, Zivilisten als menschliche Schutzschilde zu missbrauchen.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 31_2014 Seite _5

EKD-Auslandsbischöfin besorgt über Gewalt gegen Christen im Irak

Hamburg/Düsseldorf (epd). Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ist besorgt über die Gewalt gegen Christen und Angehörige anderer Religionsgemeinschaften im Irak. »Wir verurteilen alle Gewalt und jegliche Einschüchterungsversuche, denen die christlichen Gemeinden im Irak ebenso wie Schiiten, moderate Sunniten, Kurden und Yesiden ausgesetzt sind«, sagte EKD-Auslandsbischöfin Petra Bosse-Huber dem »Hamburger Abendblatt« (Samstagsausgabe).

Die Theologin war bis Ende 2013 Vizepräsidentin der Evangelischen Kirche im Rheinland.

Die islamische Terrorgruppe »Islamischer Staat« (IS) hatte Anfang Juni die nordirakische Stadt Mossul eingenommen.

Medienberichten zufolge stellten die Extremisten den in der Stadt lebenden Christen ein Ultimatum, das am vergangenen Wochenende ausgelaufen war. Die Gläubigen sollten zum Islam übertreten oder eine Sondersteuer zahlen, andernfalls würden sie ermordet. Seither sind nahezu alle Christen aus Mossul geflohen.

Bosse-Huber erklärte, die EKD ermutige die Entscheidungsträger in Berlin und Brüssel, sich für den Schutz der Zivilbevölkerung in den von IS-Kämpfern mit Gewalt überzogenen Gebieten einzusetzen. »Gemeinsam mit den syrischen Kirchen sind wir der Auffassung, dass das friedliche Zusammenleben der Religionen im Irak gefördert werden muss. Den brutalen Versuch, religiös homogene Räume zu schaffen, lehnen wir entschieden als einen fatalen Irrweg ab«, unterstrich die Auslandsbischöfin.

Mossul wird als Ninive bereits in der Bibel erwähnt.

Im Jahr 2003 lebten noch rund 50.000 Christen in der zweitgrößten irakischen Stadt. Die Region war über Jahrhunderte das Zentrum der chaldäischen, assyrischen und armenischen Kirchen im Irak.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 31_2014 Seite _6

Papst Franziskus richtet Friedensappell an Kriegsparteien

Rom (epd). Papst Franziskus hat zum 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs einen eindringlichen Friedensappell an die Konfliktparteien in Nahost, im Irak und in der Ukraine gerichtet. »Haltet ein! Ich bitte Euch mit ganzem Herzen darum!«, sagte das Kirchenoberhaupt am 27. Juli beim Angelusgebet auf dem Petersplatz in Rom.

Aus dem Ersten Weltkrieg mit seinen Millionen Toten und ungeheuren Zerstörungen müssten die heutigen Konfliktparteien lernen, Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen.

Franziskus erinnerte vor dem Jahrestag des Kriegsausbruchs vor 100 Jahren vor allem an die Auswirkungen von Kriegen auf Minderjährige: »Tote Kinder, verletzte Kinder, verstümmelte Kinder, Waisenkinder und Kinder, die mit Kriegsschrott spielen.« Krieg nehme den Kindern die Hoffnung auf ein würdiges Leben und auf eine Zukunft.

Die politisch Verantwortlichen im Nahen Osten, im Irak und in der Ukraine forderte der Papst auf, entschieden den Weg des Friedens zu gehen. Sie dürften nicht allein Parteiinteressen vertreten, sondern müssten jederzeit das Allgemeinwohl verfolgen. »Alles ist durch Krieg verloren, nichts ist durch Frieden verloren.«

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 31_2014 Seite _7

Pfarrer und Friedensaktivist für Abschaffung der Militärseelsorge

Militärpfarrer: Seelsorger sind für Soldaten da

Saarlouis (epd). Der evangelische Pfarrer und Friedensaktivist Matthias Engelke hat die Abschaffung der Militärseelsorge in Deutschland gefordert. »Aus theologischen, christlichen und praktischen Gründen brauchen wir sie nicht«, sagte Engelke am Montagabend auf einer Podiumsdiskussion des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar am saarländischen Bundeswehrstandort Saarlouis.

Beim Militär sei das gesellschaftliche Tötungstabu aufgehoben, kritisierte der Theologe aus dem niederrheinischen Nettetal-Lobberich. »Soldaten lernen, wie man töten kann und Militärpfarrer tragen die gleichen Uniform wie Soldaten - wenn auch mit Kreuz und ohne Abzeichen«, sagte Engelke.

Militärseelsorger würden somit nicht als Vertreter von Jesus Christus angesehen, der die Feindesliebe lehre. Derzeit sind in Deutschland seinen Angaben zufolge jeweils knapp 100 evangelische und katholische Militärseelsorger tätig, die als Beamte auf Zeit vom Bund bezahlt werden.

Aufgabe der Militärseelsorge sei es nicht, die Moral der Truppe zu stärken, sondern für die Soldaten mit ihren Problemen da zu sein, sagte hingegen der katholische Militärpfarrer im Saarland, Marius Merkelbach. Das könne bis hin zu der Empfehlung gehen, einen Soldaten im Auslandseinsatz nach Hause zu schicken oder ihn als Kriegsdienstverweigerer anzuerkennen. Merkelbach ist nach eigenen Angaben für rund 3.400 Soldaten zuständig, von denen er in sechs Jahren etwa 250 persönlich und aktiv betreut hat. Nach seinen Schätzungen sind etwa drei Viertel der Bundeswehrsoldaten gegen eine Abschaffung der Militärseelsorge. Für eine komplette Abschaffung des Militärs plädierte dagegen der katholische Diakon Horst-Peter Rauguth, Geistlicher Beirat der internationalen Katholischen Friedensbewegung pax christi. »Militärpfarrer sind da Nebenschauplatz«. Wenn heute bis zu hundert mal mehr Geld für Auslandseinsätze der Bundeswehr als für Friedensinitiativen ausgegeben würden, dann spreche das Bände. Es sei auf jeden Fall schwierig, Soldaten über Ortspfarrereien seelsorgerisch betreuen zu lassen. Die Podiumsdiskussion in Saarlouis war Teil des vom Ökumenischen Netz Rhein-Mosel-Saar ausgerufenen Aktionsmonats gegen eine Militarisierung der Gesellschaft.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 31_2014 Seite _12

Frieden

Bund für Soziale Verteidigung:

Kritik an Krieg Israels nicht mit Antisemitismus gleichsetzen

Minden (epd). Der »Bund für Soziale Verteidigung« hat davor gewarnt, jede Kritik an der israelischen Politik mit Antisemitismus gleichzusetzen. Damit werde der Bekämpfung von tatsächlichen Antisemitismus in Deutschland ein Bärendienst erwiesen, erklärte die Friedensorganisation am Freitag in Minden. »Wir verurteilen die Angriffe der Hamas auf Israel, aber auch Israel muss seine Politik grundlegend ändern und Blockade und Besatzung beenden«, erklärte der Verein. Sicherheit für alle Menschen in der Region könne nur ein Friedensabkommen mit den palästinensischen Gebieten schaffen.

Die Friedensorganisation forderte in einem offenen Brief Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) auf, »den deutschen Einfluss auf Israel dafür einzusetzen, den Krieg in Gaza zu beenden und die Konfliktparteien zu einer Wende hin zu einer Friedenslösung des Nahostkonfliktes zu bewegen«. Die Kanzlerin habe kürzlich die Sicherheit Israels als grundlegendes Prinzip

deutscher Politik bezeichnet. Wirkliche Sicherheit Israels könne jedoch nicht mit Bomben und Granaten geschaffen werden, sondern nur mit einer Übereinkunft mit den Palästinensern.
epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 31_2014 Seite _24

Ausstellungen

Ausstellung »Der Erste Weltkrieg in privaten Fotografien«

Detmold (epd). Die Kabinettausstellung »Der Erste Weltkrieg in privaten Fotografien« im Detmolder Freilichtmuseum zeigt vom 1. August bis 31. Oktober private Bilder von der Front. »Wir möchten unseren Besuchern vermitteln, welche Anlässe es für private Kriegsphotografie gab und welche Bedeutung diese Bilder für die Angehörigen hatten«, erklärte die Sammlungsleiterin Katharina Schlimmgen am Freitag. Mit der Schau beteiligt sich das Museum des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) am bundesweiten Gedenken an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

Die Fotos, die Soldaten ihren Angehörigen nach Hause schickten, gaben den Frontereignissen ein Gesicht und hielten die Verbindung zu Angehörigen und Freunden lebendig, hieß es. Es habe sich eine neue Art der Fotografie entwickelt: In den Ateliers zu Hause wurden Abschiedsfotos erstellt und neben den offiziellen Feldfotografen reisten auch viele Bildreporter auf eigene Faust in Kriegsgebiete. Auch Gruppenfotos während des Einsatzes erinnerten an die Soldaten. An Weihnachten wurden häufig Aufnahmen unter dem geschmückten Baum als Postkarten an die Angehörigen geschickt.

Interessant sei auch, wie die Angehörigen mit den Fotos umgingen, erklärte Ausstellungskuratorin Nadja Bartsch. Die Sammlung des Museums zeige Beispiele für die Erinnerungskultur: Zu sehen seien besondere Fotoalben, sogenannte »Kriegsalben«, mit Kriegsattributen verzierte Rahmen, Totenzettel oder das Gedenken an Kriegstote im Wohnzimmer.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 31_2014 Seite _41

»Es war wie bei einem Pogrom«

Im aktuellen Konflikt gerät die Friedensbewegung in Israel ins Abseits

Jerusalem (epd). »Es war wie ein Lynchversuch«, sagt Nevo Sheffi. Der 23-jährige Israeli hatte am vorvergangenen Wochenende in Haifa an einer arabisch-jüdischen Friedensdemonstration teilgenommen, die die linke Partei »Chadasch« organisiert hatte. »Tausende Rechtsaktivisten« hätten den sieben Bussen der Demonstranten aufgelauert, sagt Sheffi. Die aufgebrachte Menge habe die Pazifisten eingekreist und gehetzt. Steine und Flaschen seien auf die Busse geflogen. »Wir haben uns durch eine Nebengasse in Sicherheit bringen können«, berichtet Sheffi.

Mit den neuen Kämpfen verschärfen sich auch die ideologischen Fronten in Israel. Vor drei Wochen startete Israels Regierung die Militäroperation »Schützende Klippe« gegen die radikalislamische Hamas im Gazastreifen.

Ziel der Offensive ist es, die Raketenangriffe auf Israel zu beenden. Bodentruppen, die in den Gazastreifen einmarschiert sind, sollen zudem geheime Tunnel suchen, durch die Hamas-Kämpfer nach Israel eindringen könnten.

Auch in Tel Aviv und in Jaffa kam es seither zu Zusammenstößen zwischen Kriegsgegnern und denen, die ihn befürworten. »So schlimm wie jetzt war es noch nie«, sagt der Jurastudent Sheffi. Seit Jahren ist er Aktivist der linken Partei »Meretz« und als solcher Wortgefechte gewohnt. Mit Parolen begann es auch am vergangenen Wochenende. »Juden und Araber weigern sich Feinde zu sein«, schrieben die Pazifisten auf ihre Plakate. »Tod den Arabern«, hielten Kriegsbefürworter dagegen und:

»Schickt die Linken in die Gaskammern.«

Seit Jahren werde der politische Diskurs immer heftiger, sagt Sheffi, »aber die körperlichen Angriffe sind neu«. Ein 70-jähriger Mann habe ins Krankenhaus gemusst. »Es war wie bei einem Pogrom.« Immer wieder richtet sich der Hass auch ganz persönlich gegen die Politikerin Hanin Soabi. Die Knesset-Abgeordnete für die israelisch-arabische Partei »Balad« hat klar Position gegen die Militäroffensive bezogen.

Die Friedensaktivisten sind derzeit in Israel klar in der Minderheit. Einer am 22. Juli in der regierungsnahen Tageszeitung »Israel Hajom« veröffentlichten Umfrage zufolge befürworten 80 Prozent der Bevölkerung die Bodenoffensive, Araber und Juden zusammengerechnet.

71 Prozent der Befragten treten sogar für eine Ausweitung der Militäroperationen ein. Solange Raketen auf Israel abgeschossen werden und die israelischen Soldaten an der Front ihren Kopf hinhalten, gilt es als demoralisierend, den Krieg abzulehnen.

Menschenrechtsorganisationen wie »B'tselem« fordern eine sofortige Waffenruhe. »Die schrecklichen Entwicklungen in Gaza haben unerträgliche Ausmaße erreicht«, heißt es in einer Mitteilung der Nichtregierungsorganisation.

»Israel bombardiert Häuser, in denen sich Menschen aufhalten, komplette Familien werden unter den Trümmern begraben, und die Straßen sind voller Ruinen.«

Auch das »Elternforum« von Vätern und Müttern, die ihre Kinder bei Terroranschlägen verloren haben, und die trotzdem den Dialog mit den Palästinensern suchen, schreckt die Haltung der Bevölkerungsmehrheit nicht ab.

Für drei Stunden halten die Aktivisten allabendlich in einem Friedenszelt vor der Cinematheque in Tel Aviv eine Mahnwache.

Unermüdet hält auch der 90-jährige Uri Avnery, einst Mitbegründer der Friedensbewegung »Schalom achschaw« (»Frieden jetzt«) die Israelis zur Versöhnung an. Avnery argumentiert mit der Geschichte: Über fünf Jahre lang habe Winston Churchill die Bevölkerung Londons als »menschliche Schutzschilder in seinem verrückten Krieg« gegen die deutsche Luftwaffe gehalten, schreibt er und zieht damit eine Parallele zu den Angriffen der israelischen Armee auf Wohnviertel in Gaza. Während Churchill sich seinem Bunker aufgehalten habe, »unter der Downing Street 10«, hätten die Londoner Bürger schutzlos auf Bomben und Raketen gewartet. Auch damals habe »die deutsche Luftwaffe die Bürger von London dazu aufgerufen, die Stadt zu verlassen«. *Von Susanne Knaul (epd)*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 31_2014 Seite 46

Unbeugsamer Zwischenrufer

Vor 75 Jahren ermordete die SS in Buchenwald den evangelischen Pfarrer Paul Schneider

Weimar/Dickenschied (epd). Seine Ermordung war nicht geplant. Ursprünglich wollte die SS den evangelischen Pfarrer Paul Schneider (1897-1939) »nur« demütigen, um seinen widerständigen Geist zu brechen. Im November 1937 war er aus dem Rheinland in das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar überstellt worden. Gedacht war an seine Entlassung als innerlich gebrochener Mann, was andere abschrecken sollte. Doch das Kalkül der Lagerleitung scheiterte an Schneiders Unbeugsamkeit. Die Kraft dazu habe ihm sein christlicher Glaube gegeben, ist die pensionierte Theologin Elsa-Ulrike Ross überzeugt. Sie war bis 2005 Pastorin am Evangelischen Gemeindezentrum »Paul Schneider« in Weimar und ist heute Vorsitzende der Pfarrer-Paul-Schneider-Gesellschaft. Seine Lebensmaxime fand Schneider in einem Wort aus der biblischen Apostelgeschichte: »Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen.« Mit dieser Grundüberzeugung rief er aus dem Fenster seiner Einzelhaft-Zelle im Torgebäude des KZ Buchenwald den Häftlingen auf dem Appellplatz Worte der Ermutigung zu. Zugleich klagte er trotz schwerer Misshandlungen immer wieder auch die Verbrechen der SS-Männer an.

In kaum einem Zeitzeugenbericht von Häftlingen aus der frühen Zeit des Konzentrationslagers fehlt denn auch ein Hinweis auf die mutigen Zwischenrufe. Diesen setzte die SS mit der Ermordung des knapp 42-jährigen am 18. Juli 1939 durch eine Überdosis des Herzmittels Strophanthin ein Ende.

Paul Schneider, der in Pferdsfeld/Hunsrück geboren wurde, wurde 1925 Hilfsprediger in Essen und übernahm 1926 die Pfarrstelle seines Vaters in Hochelheim und Dornholzhausen bei Wetzlar. 1934 wurde Schneider nach Dickenschied und Wormrath im Hunsrück versetzt.

Im KZ-Buchenwald war er unter den Mithäftlingen bekannt. Der spätere Journalist und Springer-Vorstand Ernst Cramer (1913-2010), der nach dem Novemberpogrom von 1938 für sechs Wochen nach Buchenwald verschleppt worden war, erinnerte sich an Schneiders »laute und wehklagende Stimme« über dem Appellplatz.

Die von ihm zitierten Bibelworte aus der Bergpredigt von der Seligpreisung derer, die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden, seien ganz deutlich zu hören gewesen. Für den Mithäftling Alfred Leikam (1915-1992), später Notar und in der evangelischen Männerarbeit in Süddeutschland aktiv, war Schneider »wahrscheinlich der Einzige in Deutschland«, der gegenüber der SS unerschrocken den christlichen Glauben bekannte. Auch den anderen Häftlingen habe er seinen Beruf als Pfarrer nie verschwiegen: »Er versuchte, durch christlichen Zuspruch, Mahnung, Bitte, tätige Mithilfe seine Mitgefangenen für Christus zu gewinnen«, resümierte Leikam.

Auf Leikams Erinnerungen an das Konzentrationslager konnte sich schon Schneiders Witwe Margarete für ihre Lebensbeschreibung über den »Prediger von Buchenwald« stützen. Zum 75. Todestag liegt die Neuausgabe der Biografie vor. Sie ergänzt das 1953 erstmals in West-Berlin erschienene Buch um zahlreiche Erläuterungen, Fotos und Dokumente. Herausgeber sind Elsa-Ulrike Ross und Paul Dieterich, ein Neffe von Margarete Schneider.

Die kommentierte Neuausgabe zeichnet den Werdegang Schneiders vom Gemeindepfarrer zum Widerständler in den historischen Zusammenhängen nach.

Dem gewaltsamen Tod des unbeugsamen Pfarrers waren wiederholte Konflikte mit der NSDAP und mehrere Verhaftungen vorausgegangen. Aber auch seine rheinische Landeskirche hatte Schuld auf sich geladen: Während Schneider in Buchenwald inhaftiert war, betrieb die damalige Kirchenleitung zusammen mit der Gestapo seine Versetzung in den Wartestand.

Mittlerweile sei der Blick auf Schneider und seine Zeit durch zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten deutlich differenzierter geworden, sagt Pastorin Ross. Zugleich wendet sie sich gegen eine Einengung des christlichen Widerstands in der NS-Zeit auf den noch kurz vor Kriegsende ermordeten Theologen Dietrich Bonhoeffer (1906-1945).

Die Erinnerung an Pfarrer Schneider gehöre ebenso zum Gedenken an die Nazi-Opfer - und dies weit über

Umfrage:

Bedeutung des 20. Juli 1944 sinkt ins Vergessen

Allensbach (epd). Nicht einmal mehr die Hälfte der Bundesbürger weiß, wofür das Datum »20. Juli 1944« steht. Nur noch 45 Prozent der Bundesbürger über 16 Jahren nannten laut einer am 17. Juli veröffentlichte Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie dazu das Attentat auf Adolf Hitler durch Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Im Westen der Bundesrepublik waren es sogar nur noch 43 Prozent nach 59 Prozent im Jahr 1970 und 61 Prozent im Jahr 1985.

Das Attentat vor 70 Jahren und der nachfolgende Umsturzversuch gegen das nationalsozialistische Regime gelten als größter organisierter Widerstandsversuch im sogenannten Dritten Reich. Heute wisse vor allem die jüngere Generation wenig darüber, schreiben die Meinungsforscher.

Nur 26 Prozent der 16- bis 29-Jährigen könnten den 20. Juli dem Attentat auf Hitler zuordnen.

Auch unter den Abiturienten in dieser Altersgruppe sind es nur 42 Prozent. Fast jeder zweite Bürger wolle dennoch, dass der Tag in Erinnerung bleibe.

Für die Umfrage wurden 1.499 Personen ab 16 Jahre in Deutschland repräsentativ ausgewählt. Sie wurden in der Zeit vom 25. April bis 9. Mai befragt.

Friedensaktivist Stenner tot

Bonn (epd). Der Bonner Friedensaktivist Manfred, »Mani«, Stenner ist im Alter von 60 Jahren in der vergangenen Woche unerwartet gestorben. Der studierte Germanist engagierte sich seit den 1970er Jahren in der deutschen Friedensbewegung und war seit vielen Jahren einer der wichtigsten Köpfe der sozialen Bewegungen in Deutschland.

Stenner, der am vergangenen Donnerstag starb, war seit 25 Jahren Geschäftsführer des Netzwerks Friedenskooperative, eines Dachverbands der Friedensbewegung.

Auf Stenners Konto ging in den vergangenen Jahren die erfolgreiche Organisation von Bonner Großdemonstrationen gegen Neonazismus. Mit dem »Bonner Forum für BürgerInnen und Polizei« initiierte er einen bundesweit einmaligen Dialog mit den lokalen Polizeibeamten, arbeitete in örtlichen Nord-Süd-Projekten mit und engagierte sich gegen das Wiedererstarken rechtsextremen Gedankenguts.

»Es wird lange dauern, bis wir begreifen, wie viele und wie große Lücken der Freund, der Mensch und der Arbeitskollege Mani Stenner hinterlässt«, sagte Kristian Golla, sein langjähriger Mitstreiter und Kollege im Bonner Büro der Friedenskooperative. »Aber seine bedingungslose Selbstverpflichtung zur konsequenten Arbeit für eine friedlichere und gerechtere Welt bleibt nicht nur sein Vermächtnis, sondern auch unser Ansporn.«

Hunsrücker »Raketenkuh« bleibt erhalten

Kastellaun/Bell (epd). Die »Raketenkuh« von Bell wird vor dem drohenden Verfall bewahrt. Das Denk- und Mahnmal aus der Zeit des Kalten Krieges erhalte nun eine malerische Auffrischung, teilte der Hunsrücker Verein für friedenspolitische und demokratische Bildung mit. Um die Sanierungskosten in Höhe von 19.000 Euro zusammenzutragen, war das Projekt »Rettet die Raketenkuh« gestartet worden, wie Heidrun Kisters von der Friedensinitiative Hunsrück am 15. Juli berichtete. Spenden für das von Denkmalschützern als »außergewöhnliches kulturhistorisches Mahnmal« in Rheinland-Pfalz klassifizierte Wandgemälde kamen auch vom Evangelischen Kirchenkreis Simmern-Trarbach sowie von Kommunen und Stiftungen.

Das Bild auf der Frontseite einer Scheune zeigt eine Kuh mit Raketen unter ihren Hufen und auf ihren Hörnern. Das Werk war 1986 von einer Düsseldorfer Künstlergruppe als Symbol des Widerstandes gegen die Stationierung von Marschflugkörpern gestaltet worden.

Ab Mittwoch sorgt eine Gruppe von Schülern der IGS Kastellaun unter Leitung ihrer Kunstlehrerin für den neuen Anstrich. Vorausgegangen war die Stabilisierung und Sanierung von Mauerwerk und Tor der Scheune.

Die »Raketenkuh« hatte zuletzt im September vergangenen Jahres am »Tag des offenen Denkmals« unter dem Motto »Jenseits des Guten und Schönen – unbequeme Denkmäler« überregionale Aufmerksamkeit erregt.

Auszeichnungen

Heinemann-Friedenspreis 2014 für Kindergeschichte aus dem Ghetto

Düsseldorf (epd). Der Schriftsteller Adam Jaromir, die Illustratorin Gabriela Cichowska und die Grafikerin Dorota Nowacka erhalten in diesem Jahr den Gustav-Heinemann-Friedenspreis für ihr Buch »Fräulein Esthers letzte Vorstellung.

« Die Geschichte aus dem Warschauer Ghetto berühre die jungen Leser durch seinen bewegenden Text, die ausdrucksstarken Illustrationen und die grafische Gestaltung, begründete NRW-Kulturministerin Ute Schäfer (SPD) am 14. Juli in Düsseldorf die Entscheidung der Jury. Verliehen wird der mit 7.500 Euro dotierte Preis im Dezember in Berlin.

»Fräulein Esthers letzte Vorstellung« erzählt den Angaben zufolge die Geschichte des Kinderarztes und Leiter des Waisenhauses im Warschauer Ghetto, Janusz Korczak, und die authentische Geschichte der letzten drei Wochen des Waisenhauses. Um Trost und Zuversicht zu spenden, lässt der Doktor die Kinder ein Theaterstück aufführen. Unter Anleitung Fräulein Esthers üben sie ihre Rollen ein und vergessen dabei Krankheit und Hunger.

1942 werden sie und Korczak im Vernichtungslager Treblinka umgebracht.

Adam Jaromir hat in Hannover und Florenz Germanistik und Italianistik studiert. Er arbeitet als Verleger, Autor und Übersetzer in Hannover. Die Illustratorin Gabriela Cichowska und die Grafikerin Dorota Nowacka studierten Grafik an der Akademie der Schönen Künste in Krakau und sind heute als freie Grafikerin und Illustratorin tätig.

Der Gustav-Heinemann-Friedenspreis gilt als eine der wichtigsten friedenspolitischen Auszeichnungen für Kinder- und Jugendbücher. Die Ehrung wird seit 1983 von der nordrhein-westfälischen Landesregierung vergeben und erinnert an den ehemaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann. Prämiiert werden Kinder- und Jugendbücher, die durch ihre literarisch-ästhetische Qualität überzeugen. Sie sollen Kinder und Jugendliche ermutigen, sich für Menschenrechte, Gewaltfreiheit, Toleranz und Zivilcourage einzusetzen.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 30_2014 Seite _40